

- Es gilt das gesprochene Wort -

**Begrüßung durch Landtagspräsident Fritsch zur Eröffnung des ersten
Parlamentariertreffens im Rahmen der Oderpartnerschaft am 16. Januar 2012**

Sehr geehrter Herr Gesandter,
sehr geehrter Herr Ministerpräsident,
sehr geehrte Präsidenten und Vorsitzende der Sejmiks,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich freue mich, Sie als Vertreter der Parlamente von **vier Woiwodschaften** und **vier Bundesländern**, die im Rahmen der „Oder-Partnerschaft“ zusammenarbeiten, heute hier zum ersten deutsch-polnischen Parlamentariertreffen im Landtag Brandenburg begrüßen zu können.

Die Idee dazu geht auf den **Beschluss unseres Landtages vom 22. Juni 2011** zurück. Mit diesem Beschluss hat sich der Landtag grundsätzlich zur Vertiefung der deutsch-polnischen Zusammenarbeit Brandenburgs mit der Republik Polen und insbesondere mit den an der "Oder-Partnerschaft" beteiligten Woiwodschaften und Bundesländern positioniert.

Damit erfüllen wir gewissermaßen einen Auftrag unserer Landesverfassung, in der es in Artikel 2 (Grundsätze der Verfassung) Abs. 1 heißt: "Brandenburg ist ein freiheitliches, rechtsstaatliches, soziales, dem Frieden und der Gerechtigkeit, dem Schutz der natürlichen Umwelt und der Kultur verpflichtetes demokratisches Land, welches die Zusammenarbeit mit anderen Völkern, insbesondere mit dem polnischen Nachbarn, anstrebt."

Die länderübergreifende Zusammenarbeit ist wichtig, denn **Europa und die Europäische Union stehen weiterhin vor großen Herausforderungen**. Trotz aller in den Jahren 2010 und 2011 beschlossenen Hilfsmaßnahmen zur Lösung der Finanzprobleme ist die ökonomische Lage weiterhin schwierig.

Man muss sich in diesen Zeiten bewusst daran erinnern: Für die europäischen Regionen beiderseits der Oder gilt weiterhin die Europäische Solidarität, auch und insbesondere in Zeiten der Krise.

Die Krise ist ein gutes Beispiel dafür, dass diese **nicht mehr von einzelnen Nationalstaaten** gelöst werden kann, sondern nur noch **miteinander** im großen europäischen Konzert, zu dem die Republik Polen dankenswerterweise seit nunmehr fast zehn Jahren auch gehört.

Als in Landsberg/Warthe geborener Bürger und als ehemaliger Landrat des Landkreises Märkisch-Oderland habe ich mich sehr über den Beitritt Polens zur Europäischen Union im Jahre 2004 gefreut. Dieser war ein sehr wichtiger und notwendiger Schritt auf dem **Weg zu einem geeinten Europa**.

Die Oder ist ein Fluss mit einer langen Geschichte. Über seine Brücken gelangen die Menschen ins jeweils andere Land, **sie verbinden die Bürger beider Länder**.

Mit dem Beitritt Polens zum Schengen-Abkommen Ende Dezember 2007, also vor fast genau vier Jahren, verschwand die Grenze zwischen Deutschland und Polen; **Europa wuchs nun noch näher zusammen**. Ein Fakt, der leider allzu schnell alltäglich geworden ist und mittlerweile für alle selbstverständlich ist.

Nur wenn die Menschen beiderseits der Oder zusammenkommen, lassen sich die gegenseitigen Vorurteile und Berührungsängste abbauen. Beide Seiten können und müssen voneinander lernen, um die Freundschaft zwischen den beiden Nationen zu vertiefen.

Ein wichtiger Faktor für viele grenzübergreifende Projekte sind die Euroregionen entlang der Oder. Sie engagieren sich seit mehreren Jahren auf lokaler Ebene für eine Entwicklung der Region.

Die Herausforderungen beiderseits der Oder ähneln sich. Eine regionale Kooperation ist daher fast schon das Gebot der Stunde auch um Synergien zu schaffen und die Stärken der einzelnen Länder und Woiwodschaften zu stärken. Die Probleme in der Region lassen sich nur gemeinsam im Rahmen einer noch verstärkteren Kooperation lösen.

Die Landesregierungen und Marschallämter der an die Oder grenzenden Bundesländer und Woiwodschaften haben vor nunmehr fast sechs Jahren im April 2006 in Berlin eine **Kooperationsinitiative** begonnen, der den Namen „**Oder-Partnerschaft**“ erhalten hat.

Die Politikfelder sind: Innovation, Technologietransfer, Mittelstandsförderung, Verkehr, Logistik, Tourismus, Wissenschaft und Forschung, Bildung, Verwaltungszusammenarbeit, demografischer Wandel, Energie, Kultur.

Das Spektrum der Zusammenarbeit hat in den vergangenen Jahren **zugenommen**.

Es reicht von der Stärkung der Wirtschaftskooperation und Arbeitsmarktpolitik über den Hochwasserschutz oder die Kriminalitätsbekämpfung bis hin zu gemeinsamen Bildungs- und Kulturangeboten und einer immer engeren Zusammenarbeit von Hochschul- und Wissenschaftseinrichtungen.

In den vergangenen fünf Jahren ist vieles erreicht worden, vieles steht aber auch noch auf der politischen Agenda. Der Landtag Brandenburg und insbesondere sein Ausschuss für Europaangelegenheiten und Entwicklungspolitik hat diesen Prozess von Beginn an begleitet.

Anrede,

der deutsch-polnische Nachbarschaftsvertrag und der deutsch-polnische Grenzvertrag vom 14. November 1990, mit dem Bundesrepublik die Unverletzlichkeit der polnischen Westgrenze anerkannte und beide Seiten sich verpflichteten, auf gegenseitige Gebietsansprüche zu verzichten, sind **seit 20 Jahren die Grundlage für die**

partnerschaftliche und zukunftsgerichtete Zusammenarbeit zwischen Polen und der Bundesrepublik in einem **friedlichen Europa**.

Seitdem ist die Achtung der souveränen Gleichheit beider Staaten, ihrer territorialen Integrität, der Unantastbarkeit ihrer Grenzen, ihrer politische Unabhängigkeit sowie des Grundsatzes des Verbots der Drohung mit oder Anwendung von Gewalt Grundlage für die deutsch-polnischen Beziehungen. Die Unterzeichnung beider Verträge waren Ereignisse von historischer Bedeutung in den deutsch-polnischen Beziehungen.

Die Unterzeichnung des Nachbarschaftsvertrages war für den Landtag Brandenburg auch Anlass, am 22. Juni 2011 eine Erklärung zu verabschieden, in der das Erreichte gewürdigt wurde. Es wurden aber auch manche Punkte genannt, bei denen es noch Anstrengungen zur Lösung **offener Fragen** bedarf.

Einen Beschlusspunkt haben wir heute schon erfüllt. Nämlich dass der Landtag Abgeordnete der regionalen Parlamente im Bereich der „Oder-Partnerschaft“ zu einem Treffen nach Potsdam einladen wird.

Hauptanliegen der Veranstaltung soll ein Gedankenaustausch über den **Beitrag der Mitglieder der Landtage und der Selbstverwaltungsorgane** zur weiteren Entwicklung der „Oder-Partnerschaft“ sein. So kann die festgeschriebene „Oder-Partnerschaft“ auf lebendige Weise parlamentarisch begleitet werden. Es geht um die weitere Verbesserung der **Verkehrsinfrastruktur** und des grenzüberschreitenden **Tourismus**, die gemeinsame Erschließung der **kulturellen** und natürlichen Potenziale der Region sowie die Kooperationen im Bereich **Bildung und Ausbildung**.

Ich wünsche eine erfolgreiche Veranstaltung, die ja eventuell **wechselseitig fortgeführt werden kann**.